Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH www.zew.de · www.zew.eu

ZEWnews

Juli/August 2011

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

mit Schwerpunkt Energiemarkt

Geldanlage auf Basis von Währungsstrategien kann für Investoren lohnend sein

Währungsbasierte Anlagestrategien wie Carry Trades oder FX Momentum geraten zunehmend in den Blick von Fondsmanagern. Eine Studie des ZEW zeigt, dass solche Strategien für Investoren mit einem international diversifizierten Portfolio zusätzlichen Nutzen stiften können.



Die ZEW-Studie betrachtet Währungsanlagen nicht allein als Risiko, sondern untersucht, welche Renditen und Diversifikationseffekte mit bestimmten, währungsbasierten Anlagestrategien erreichbar sind.

Die Vorzüge international diversifizierter Portfolios werden meist für die Aktien-, Anleihen- und Immobilienmärkte diskutiert. Die damit unweigerlich verbundenen Währungsanlagen werden dagegen vor allem als Risiko betrachtet, das es abzusichern gilt. Dies geschieht zum Beispiel mit Hilfe von Devisenterminkontrakten, bei denen der Investor für jeden Euro, den er in eine Fremdwährungsanlage investiert, eine entsprechende Gegenposition aufbaut.

Die Autoren des ZEW Discussion Paper Nr. 11-028 gehen in ihrer Untersuchung einen anderen Weg. Sie betrachten Währungsanlagen nicht nur als Risiko, sondern untersuchen, welche Renditen und

zusätzlichen Diversifikationseffekte sich mit Hilfe aktiver Währungsanlagestrategien erzielen lassen.

Währungsbasierte Anlagestrategien

Eine Anlagestrategie basiert auf der systematischen Auswahl einzelner Anlagen aus dem gesamten Anlageuniversum aufgrund bestimmter Charakteristika. Dabei sollen diese Charakteristika möglichst einen Werttreiber der besagten Anlage darstellen. Durch die Portfoliobildung werden gleichzeitig spezifische Eigenschaften der Einzelanlagen diversifiziert.

Als Grundlage der ZEW-Untersuchung von währungsbasierten Anlagestrategien

dient zum einen die bekannte Carry Trade Strategie, zum anderen die – gerade im Zusammenhang mit Währungsanlagen – etwas weniger bekannten FX Momentum und FX Value Strategien.

Bei der Carry Trade Strategie werden Kredite in Währungen mit einem möglichst niedrigen Zinssatz aufgenommen. Dann werden diese Gelder in Währungen mit einem deutlich höheren Zinssatz getauscht und angelegt. Die Erwartung der Anleger bei diesen Geschäften ist, dass nach Rückzahlung des Kredits der höhere Zinsertrag als Gewinn bei ihnen verbleibt. FX Momentum ist anders als Carry Trades eine Trendfolgestrategie. Hierbei werden die in den letzten Monaten stärksten Währungen gekauft und die Währungen mit den höchsten Wertverlusten verkauft. FX Value dagegen ist eine typische "Contrarian"-Strategie. Währungen, die aufgrund der Kaufkraftparitätentheorie

IN DIESER AUSGABE

Geldanlage auf Basis von Währungsstrategien kann für Investoren lohnend sein
Verbesserung der Humankapitalbildung
in Europa 2
Marktabschottung als Folge kartellrechtlicher
Freiheiten für Allianzen im Luftverkehr 3
Arme Länder – reicher Bund?
Gewinner und Verlierer der Versteigerung
von CO2-Zertifikaten 4
Religion und Schattenwirtschaft 5
Nachgefragt: Das ZEW richtet sich verstärkt
international aus 6
Deutsche Energiepolitik – Zweifel an
der wundersamen Stromersparnis sind
angebracht7
Mannheimer Wirtschafts- und
Währungsgespräche9
Daten und Fakten 11
Standpunkt: Elektromobilität

FORSCHUNGSERGEBNISSE

als unterbewertet erscheinen, werden gekauft und überbewertete Währungen werden verkauft.

Die ZEW-Untersuchung umfasst einen Zeitraum von 25 Jahren (1985 bis 2009) und berücksichtigt bis zu 24 Währungen. Auf dieser Basis erfolgt die Berechnung der Renditen der Anlagestrategien. Als Basisallokation verwendet die Untersuchung ein Portfolio bestehend aus zehn internationalen Aktienmärkten und dem US-Anleihenmarkt.

Es zeigt sich, dass im Untersuchungszeitraum mit den drei währungsbasierten Anlagestrategien eine um bis zu 30 Prozent höhere Rendite pro Risikoeinheit (Sharpe Ratio) erzielt werden konnte. Die Carry Trade Strategie erweist sich hierbei als am attraktivsten, aber auch die FX Momentum sowie FX Value Strategien haben eine respektable Performance. Zudem zeigt sich, dass die gewonnenen Diversifikationsvorteile nicht nur ökonomisch bedeutend, sondern auch statistisch signifikant sind. Die dokumentierten Diversifikationsvorteile bleiben weitgehend selbst dann existent, wenn man Transaktionskosten aufgrund von Portfolio-Umschichtungen der währungsbasierten Anlagestrategien berücksichtigt.

Ausgeprägtes Risikobewusstsein

Anleger, die währungsbasierte Anlagestrategien nutzen wollen, brauchen allerdings einen langen Atem und ein ausgeprägtes Risikobewusstsein. So haben einzelne Strategien über mehrere Jahre hinweg zu erheblichen Verlusten geführt, die durchgestanden werden wollen. Gerade die Carry Trade Strategie erwies sich in Zeiten der Finanzkrise als besonders schmerzvoll. Letztlich beruht die ZEW-Analyse auf historischen Daten. Ob die Attraktivität währungsbasierter Anlagestrategien auch in Zukunft erhalten bleibt, ist daher ungewiss. Währungen sollten als eine eigene Anlageklasse betrachtet werden und nicht nur als unumgängliches "Übel" internationaler Portfolios. Ihre Betrachtung mit Hilfe von Anlagestrategien und deren Wechselwirkung mit den Aktien- und Anleihenmärkten ist ein nützliches Instrument, um das Verständnis der Devisenmärkte zu erweitern.

> Tim-Alexander Kröncke, kroencke@zew.de Prof. Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de

Verbesserung der Humankapitalbildung in Europa

Eine aktuelle Studie des ZEW analysiert alternative Investitionsstrategien zur Verbesserung der Humankapitalbildung in Europa. Hierbei werden die Konsequenzen der alternativen Bildungsinvestitionen über den gesamten Lebenszyklus abgeschätzt.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 11-033) stützt sich auf offizielle Statistiken zu Bevölkerung, Altersstruktur, Bildungsausgaben, Lebensdauer, Pro-Kopf Einkommen und Ungleichheit für die folgenden 29 Länder: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Holland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn sowie das Vereinigte Königreich. Ferner verwenden wir zur Messung von Kompetenzen die Individualdaten der PISA-Erhebung des Jahres 2006.

Konsequenzen für die Wohlfahrt

Die Parameter, die den Aufbau des Humankapitals sowie die Entwicklung der individuellen Einkommen im Lebenszyklus und deren Verteilung steuern, werden für die 29 Länder berechnet. Darüber hinaus ermittelt die Studie die Konsequenzen für die gesellschaftliche Wohlfahrt der einzelnen Länder sowie Europas insgesamt, die sich aus unterschiedlichen Bildungsinvestitionsstrategien ergeben. Vergleichend untersucht die Studie die Wohlfahrtswirkungen von Strategien, die zum einen auf die Bildungsphasen abstellen, also die vorschulische, primäre, sekundäre sowie postsekundäre Bildung. Zum anderen werden die Wirkungen auf die Länder Europas analysiert, deren in den PISA Studien gemessenen mittleren Kompetenzen unterdurchschnittlich sind. Darüber hinaus nimmt die Studie die Schülergruppen in den Blick, die unterdurchschnittlich bei PISA abgeschlossen haben, unabhängig vom jeweiligen Land.

Den Berechnungen liegen unterschiedliche Wohlfahrtsfunktionen zugrunde. Neben dem Ziel der Maximierung des Humankapitals wird insbesondere die Bewertung der Verteilung unterschiedlich

gewichtet. Beispielsweise hat in skandinavischen im Vergleich zu angelsächsischen Ländern das Ziel der Gleichheit ein höheres Gewicht. Die Bewertung bezieht jeweils die Humankapitalbildung im gesamten Lebenszyklus ein, und nicht nur die Ergebnisse von spezifischen Bildungsstufen, wie etwa der Hochschuloder Vorschulbildung.

Die Förderung benachteiliger Kinder muss früher beginnen

Als Ergebnis zeigt sich unter anderem, dass mehr Bildungsinvestitionen in die Förderung benachteiligter Kinder bereits in der Vorschulzeit getätigt werden sollten, wenn das Gleichheitsziel im Vordergrund steht. Auch wenn das Effizienzziel Priorität hat, verbessern zusätzliche Investitionen in der frühen Lebensphase für alle Kinder die gesellschaftliche Wohlfahrt. Schließlich deutet die Studie darauf hin, dass bei einer stärkeren Vereinheitlichung von Ausbildungssystemen und Arbeitsmärkten in Europa Politiken zur Verringerung der Ungleichheit insgesamt an Effektivität gewinnen können.

> PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de Karsten Reuß, reuss@zew.de

Marktabschottung als Folge kartellrechtlicher Freiheiten für Allianzen im Luftverkehr

Allianzen von Fluggesellschaften genießen häufig kartellrechtliche Freiheiten. Als Folge verlieren Wettbewerber auf den Zubringerrouten zu den internationalen Luftverkehrsdrehkreuzen Marktanteile. Dies zeigt eine Studie, in der das ZEW den Flugverkehr auf den Transatlantikrouten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten untersucht.

Die Marktentwicklungen im internationalen Luftverkehr haben zur Dominanz dreier großer und global agierender Allianzen von Fluggesellschaften geführt - Star Alliance, SkyTeam und oneworld. Die theoretischen Literatur diskutiert die Möglichkeit, dass die Mitglieder einer solchen Allianz einen Anreiz haben, Märkte für Zubringerflüge für Fluggesellschaften zu verschließen, die nicht Mitglied in der jeweiligen Allianz sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Mitglieder der Allianz Antitrust-Immunität genießen, also die Preise der transatlantischen Verbindungen absprechen und die dadurch generierten Umsätze untereinander aufteilen dürfen.

Zubringerrouten sind Flugstrecken, die in der Regel kleinere Flughäfen mit den internationalen Drehkreuzen, den sogenannten Hubs, verbinden. Die Hubs wiederum stellen häufig die Heimatflughäfen der großen in Allianzen organisierten Fluggesellschaften dar. Von den Hubs gehen Langstreckenflüge in alle Welt ab. Die Mitglieder einer Allianz können Zubringerrouten dadurch abschotten, dass sie Passagiere, die das Drehkreuz über ein Nicht-Mitglied der Allianz erreichen, entweder gar nicht befördern oder aber überhöhte Entgelte für den Transport solche Fluggäste verlangen.

Effekte der Marktabschottung

Das ZEW Discussion Paper Nr. 10-083 überprüft die Hypothese, dass kartellrechtliche Freiheiten für Allianzen möglicherweise zur Abschottung von Zubringerrouten zu den "immunisierten" Hubs führen und quantifiziert die Effekte einer solchen Marktabschottung. Die Studie verwendet Daten zu direkten Linienflügen für Passagiere im transatlantischen Markt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von 1992 bis 2008. Sie werden mit Daten zur Struktur der Streckennetze der Fluggesellschaften und der dynami-



Öfter am Boden: Nicht-Mitglieder von Allianzen.

schen Entwicklung der Luftverkehrsallianzen zusammengeführt.

Die Studie findet Belege dafür, dass die Gewährung kartellrechtlicher Freiheiten eine Abschottung von Fluggesellschaften, die keiner Allianz angehören, von Teilen des Marktes zur Folge hat. So zeigen die Schätzungen des ZEW, dass Airlines außerhalb der jeweiligen Allianz bis zu sechs Prozent weniger Flüge zu den großen Hubs anbieten als vor der Gewährung der Antitrust-Immunität. Der Effekt auf das Passagieraufkommen der Nicht-Mitglieder einer Allianz ist noch deutlicher. Je nach Schätzmodell ist ein Rückgang des Passagieraufkommens zwischen drei und 8,5 Prozent zu verzeichnen. Die Ergebnisse legen nahe, dass abgeschottete Fluggesellschaften zu kleineren Flugzeugen wechseln oder aber niedrigere Auslastungen ihrer Flüge zu den jeweiligen "immunisierten" Drehkreuzen hinnehmen müssen. Darüber hinaus werden Belege dafür gefunden, dass die Gewährung von Antitrust-Immunität zu einem niedrigeren Passagieraufkommen auf Strecken zwischen im Wettbewerb stehenden Drehkreuzen führt.



Kartellrechtliche Freiheiten für die Mitglieder von Allianzen im Luftverkehr führten auf den Transatlantikrouten zu einem deutlichen Passagierrückgang bei Nicht-Allianzmitgliedern.

Iuniorprof. Dr. Kai Hüschelrath. hueschelrath@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Arme Länder - reicher Bund? Gewinner und Verlierer der Versteigerung von CO2-Zertifikaten

Die dritte Phase des Europäischen Emissionshandels kommt einige Bundesländer, aber auch manche deutsche Kommune, teuer zu stehen. Dies ist das Ergebnis einer Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München.



Durch die Versteigerung von CO2-Zertifikaten drohen Städten und Gemeinden zum Teil hohe Steuerausfälle.

Da mit der dritten Phase des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) ab dem Jahr 2013 ein beachtlicher Teil der Emissionszertifikate nicht mehr kostenfrei zugeteilt, sondern versteigert wird, müssen die zur Teilnahme am EU ETS verpflichteten Unternehmen für den Ausstoß von CO₂ künftig deutlich mehr Geld ausgeben als bisher. Es ist zu erwarten, dass die Preissetzung der Unternehmen für die von ihnen produzierten Güter davon unberührt bleiben dürfte. Der Grund dafür ist, dass bereits in der Phase der kostenlosen Zuteilung Emissionszertifikate am Markt verkauft werden können. Sie stellen somit einen Wert dar, der bereits in die Güter der am Emissionshandel beteiligten Unternehmen eingepreist ist und der den Opportunitätskosten der Produktionsentscheidung entspricht. Aufgrund der bereits erfolgten Einpreisung steigen bei einer Versteigerung der Zertifikate vor allem die Betriebsausgaben der Unternehmen. Das mindert den Gewinn und lässt die staatlichen Steuereinnahmen aus Gewerbe- und Körperschaftsteuer auf Bundes- und Landesebene sinken. Doch während der Bund seine Einnahmeausfälle mit den Erlösen aus dem Verkauf von nationalen Emissionsrechten mehr als wett macht, denn nach derzeitiger Rechtslage stehen diese allein ihm zu, müssen die Länder und Kommunen Steuermindereinnahmen hinnehmen.

Derzeit sind in Deutschland Unternehmen aus fünf Industriebranchen sowie thermische Kraftwerke zur Teilnahme am EU ETS verpflichtet. Je nachdem, wie hoch der Preis für die Emission einer Tonne CO2 in der dritten Handelsperiode von 2013 bis 2020 sein wird, darf sich der Bund über Einnahmen zwischen 34,8 Milliarden Euro und 92,9 Milliarden Euro bei einem Zertifikatepreis von 15 beziehungsweise 40 Euro pro Tonne CO2 freuen. Die Steuerausfälle des Bundes sind in diesem Zeitraum dagegen nur mit rund 2,6 Milliarden Euro und 6,9 Milliarden Euro bei einem Preis von 15 beziehungsweise 40 Euro pro Tonne CO2 anzusetzen.

Bei den vorab angesetzten Preisen für die Emission einer Tonne CO2 fallen die Steuerausfälle der einzelnen Länder und Kommunen mit insgesamt rund sieben Milliarden Euro beziehungsweise 18,6 Milliarden Euro mehr als doppelt so hoch aus wie die des Bundes. Dieser trägt lediglich 27 Prozent der Steuerausfälle.

Länder unterschiedlich stark von Steuerausfällen betroffen

Da die Standorte der emissionshandelspflichtigen Anlagen in Deutschland ungleich verteilt sind, sind die einzelnen Länder unterschiedlich stark von den zu erwartenden Steuerausfällen betroffen. So entfallen etwa auf Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013 rund 49 Prozent der Steuerausfälle, wohingegen Thüringen lediglich einen Anteil von 0,5 Prozent zu tragen hat.

Mit der gegenwärtigen Gesetzeslage sind die Verwendungsmöglichkeiten der Einnahmen aus der Versteigerung bereits weitgehend festgelegt. Das Gesetz sieht vor, dass neben der alleinigen Zuweisung der Einnahmen an den Bund Versteigerungserlöse über 900 Millionen Euro jährlich dem Bundessondervermögen Energie- und Klimafonds (EKF) zufließen. Der EKF ist vorrangig auf Maßnahmen zur Emissionsvermeidung sowie zur Steigerung der Energieeffizienz ausgerichtet. Eine direkte Beteiligung von Kommunen und Bundesländern an den Mitteln des Fonds ist nicht vorgesehen. Die EU gibt den Mitgliedstaaten vor, mit einem Teil der Versteigerungserlöse sowohl Anpassungs- als auch Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Bei einer solchen zweckgebundenen Mittelverwendung im Klimakontext sind daher Bundes- und Länderaufgaben betroffen. Bisher sieht der Fonds eine Förderung nationaler Anpassungsmaßnahmen aber nicht vor.

Die Studie findet sich im Internet unter www.zew.de/publikation6252

> Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de Christiane Reif, reif@zew.de

Religion und Schattenwirtschaft

Religion kann ökonomische Phänomene beeinflussen. Eine Studie des ZEW deutet darauf hin, dass eine große Nähe von Staat und Religion die Größe des informellen Sektors in Entwicklungsländern begrenzt.

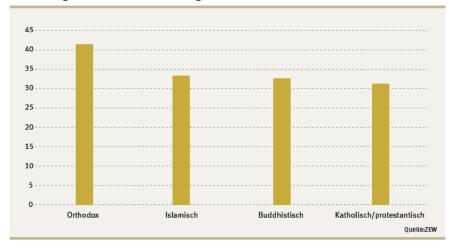
In der Ökonomie wächst das Interesse am Zusammenhang zwischen den kulturellen Merkmalen von Staaten und deren ökonomischer Performance. Dabei wird Religion als wichtiger Teil der kulturellen Prägung eines Landes anerkannt. Ein möglicher Einfluss ergibt sich auf dem fiskalischen Gebiet in Bezug auf informelle Transaktionen. So sollten die ethischen Postulate der Weltreligionen zur Ehrlichkeit und zum Altruismus eigentlich ein Gegengewicht gegen Anreize bieten, aus

gen verschiedene Facetten des Zusammenhangs zwischen Religion und Schattenwirtschaft. Neben der allgemeinen religiösen Prägung könnte etwa auch eine Rolle spielen, welche spezifische Religion in einem Land vorherrscht. Ferner sollte sich das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaft auswirken. Ist die Beziehung eng wie etwa im System einer privilegierten Staatsreligion, dann ist zu erwarten, dass die herrschende Religionsgemeinschaft ihren Einfluss

ärmer ein Land ist und desto schlechter die staatlichen Institutionen funktionieren. Dieses Standard-Modell wird dann um religiöse Indikatoren erweitert, die helfen, die zuvor entwickelten Hypothesen zu überprüfen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Religion das Niveau informeller Transaktionen beeinflusst. Allerdings ist das Niveau der allgemeinen Religiosität nurvon geringer Bedeutung. So ist nicht nachweisbar, dass Länder mit einem hohen Gottesdienstbesuch eine besonders geringe Schattenwirtschaft aufweisen. Demgegenüber zeigt sich eine signifikante Divergenz zwischen den wichtigsten Weltreligionen. Länder, die durch den Islam oder die östlichen Religionen dominiert werden, haben im Vergleich zu christlichen Ländern bei vergleichbarer ökonomischer Entwicklung und Qualität staatlicher Institutionen kleinere Schattenwirtschaften.

Größe der Schattenwirtschaft in Prozent des BIP (Durchschnitt 1999-2007): Ländervergleich nach Mehrheitsreligion



finanziellem Eigennutz heraus Steuern und Regulierung zu umgehen. Insofern wäre zu erwarten, dass Länder mit stark religiöser Prägung bei ansonsten gleichen Umfeldbedingungen eine geringere Größe der Schattenwirtschaft aufweisen als Länder mit weniger religiöser Bevölkerung.

In einer aktuellen Studie untersuchen Friedrich Heinemann (ZEW) und Friedrich Schneider (Universität Linz) diese Fragestellung auf Basis eines umfassenden Länderquerschnitts (ZEW Discussion Paper No. 11-038). Einbezogen werden 150 Staaten, für die Schätzungen zur Größe der Schattenwirtschaft vorliegen. Dabei entwickeln die theoretischen Überlegunauf ethische Normen geltend macht, um auch die Interessen des weltlichen Staates zu schützen.

Determinanten des Ausmaßes der Schattenwirtschaft

Ausgangspunkt der ökonometrischen Analyse ist eine Basisspezifikation, welche die Größe der Schattenwirtschaft in Abhängigkeit von wichtigen ökonomischen Determinanten wie Pro-Kopf-Einkommen und der Effektivität der staatlichen Institutionen modelliert. Tendenziell ist die Schattenwirtschaft (im Verhältnis zum BIP eines Landes) umso größer, je

Schattenwirtschaft hemmt Entwicklung nicht industrialisierter Länder

Wesentlich ist darüber hinaus folgendes Resultat: Die Nähe zwischen Religion und Staat übt einen maßgeblichen Einfluss aus. Eine enge Beziehung zwischen beiden ist typisch für Länder mit einem geringen Anteil ökonomischer Aktivitäten im informellen Sektor. Offenbar nutzen Religionsgemeinschaften ihren normativen Einfluss auf die Gläubigen als eine Art "übernatürliche Polizei", um staatliche Interessen zu schützen, wenn sich Staat und Religion in einer reziproken Beziehung befinden. Allerdings sind diese signifikanten Zusammenhänge auf Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen begrenzt. Für Industriestaaten ist die Nähe zwischen säkularer und religiöser Autorität ohne nachweisbaren Einfluss auf die Schattenwirtschaft. Die Unfähigkeit zur Mobilisierung von Steuereinnahmen ist ein wichtiges Entwicklungshindernis für Entwicklungsländer. In dieser Hinsicht ist der Einfluss der Religion offenbar nicht von Nachteil für die ökonomische Entwicklung.

Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Nachgefragt: Das ZEW richtet sich verstärkt international aus

"Die Vernetzung mit exzellenten Forschern weltweit ist unser fortwährendes Ziel"

Das ZEW will seine internationalen Aktivitäten weiter verstärken. Dazu gehört unter anderem eine noch stärkere Konzentration auf die wissenschaftliche Untersuchung globaler Fragestellungen, die Akquise von Auftraggebern weltweit sowie die Intensivierung des Kontakts zu exzellenten Forschern in aller Welt. Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW, erläutert die Internationalisierungsstrategie des Forschungsinstituts.

Wie international ist das ZEW?

Eine gute und objektive Antwort auf diese Frage gibt die Leibniz-Gemeinschaft, zu deren Mitgliedsinstituten das ZEW gehört. Sie evaluiert regelmäßig die wissenschaftliche Arbeit ihrer Mitglieder und bescheinigt in ihrem Ergebnisbericht der jüngsten Evaluierung, dass das ZEW zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Europa gehört. Des Weiteren heißt es in dem Ergebnisbericht, dass das ZEW national wie International sehr gut sichtbar sei. Für mich ist darüber hinaus an unserem Arbeitsalltag immer deutlicher abzulesen, dass sich das ZEW zunehmend über die nationalen Grenzen hinaus bewegt. So belegt etwa unser hohes Drittmittelaufkommen von 6,28 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2010 die hohe Wertschätzung, die das ZEW bei nationalen und internationalen Auftrag- und Zuwendungsgebern genießt. Dass der sehr gute wissenschaftliche Ruf des ZEW weit über die Landesgrenzen hinaus reicht, zeigt sich zudem in der Einbindung des Instituts in über 50 internationale Forschungsprojekte pro Jahr.

Welche Kooperationen gibt es bereits?

Wir arbeiten derzeit mit 281 ausländischen Partnern in unterschiedlichen Projekten zusammen. Am ZEW forschen darüber hinaus regelmäßig mehr als 40 Research Associates. Diese Gastwissenschaftler kommen zum großen Teil von Universitäten und Forschungseinrichtungen in ganz Europa und in Übersee. Darüber hinaus bieten wir unseren Wissenschaftlern die Möglichkeit, im Ausland zu forschen, Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit mit der University of Chicago. Wirtschaftsnobelpreisträger Prof. James J. Heckman gibt hier unserem wissenschaftlichen Nachwychs die Gelegenheit, in seinem Forscherteam zur Bildungsökonomik mitzuarbeiten. In Asien sind Kooperationen vor allem mit chinesischen Universitäten in weit fortgeschrittenem Aufbau, etwa dem Wang Yanan Institute for Studies in Economics der Xiamen Universität, das zu den besten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten Chinas gehört.

ganz gezielt Kooperationsmöglichkeiten ausloten möchten. Kürzlich hatten wir zum Beispiel Wissenschaftler des Abu Dhabi Department of Economic Development aus den Vereinigten Arabischen Emiraten zu Gast.

Aufwelche besonderen Erfolge blicken Sie im Rahmen der verstärkten Internationalisierung des ZEW zurück?

Das ist für mich eindeutig die Einwerbung unseres SEEK-Projekts im vergangenen Jahr sowie die SEEK-Auftaktkonferenz im März dieses Jahres. SEEK steht für Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies. Es handelt sich um ein international orientiertes fünfjähriges Forschungsprogramm, das von der badenwürttembergischen Landesregierung

Thomas Kohl, ist seit dem Jahr 1992 am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung tätig. Er leitete zunächst den Personalbereich und übernahm dann die Verantwortung für den gesamten Servicebereich Zentrale Dienste. Im Jahr 2001 wurde er zum stellvertretenden Kaufmännischen Direktor des ZEW ernannt. Seit dem Jahr 2004 ist er Geschäftsführer und Kaufmännischer Direktor des ZEW.



Welche Strategie verfolgt das ZEW bei seiner Internationalisierung?

Unsere wissenschaftliche Vernetzung ist vorrangig dezentral organisiert. Sie orientiert sich in erster Linie an den spezifischen Bedürfnissen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Häufig entstehen internationale Kooperationen bei Forschungsprojekten mit international vergleichenden Fragestellungen. Andere Kooperationen dienen der Qualifizierung und dem wissenschaftlichen Austausch. Hierbei helfen beispielsweise das ZEW Visiting Researchers Programme und das ZEW Short-Term Exchange Programme. Darüber hinaus besuchen uns immer häufiger internationale Delegationen, die allein in den lahren 2010 und 2011 mit drei Millionen Euro finanziert wird. Im Rahmen von SEEK bearbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unserem Forschungsinstitut in jedem Projekt gemeinsam mit ausländischen Partnern Fragestellungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften in Europa verbessern sollen. Ein anschauliches Beispiel für ein SEEK-Projekt ist der Aufbau einer europaweiten Datenbank zur Patentrechtssetzung sowie die daraus entwickelten Handlungsempfehlungen für eine harmonisierte Rechtsprechung bei Patentverletzungen in der Europäischen Union. Dass wir mit SEEK auf dem richtigen Weg sind, hat der Besuch und

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Vortrag der EU-Forschungskommissarin, Máire Geoghegan-Quinn, am ZEW bei unserer SEEK-Auftaktkonferenz im März 2011 gezeigt. Weiterhin engagierten sich aktiv bei dieser ersten SEEK-Konferenz international renommierte Wissenschaftler wie Philippe Aghion von der Harvard University und Bronwyn Hall von der University of California, Berkeley.

Welche Ziele wollen Sie bei der Internationalisierung erreichen?

Wir wollen die Vernetzung unserer Forscherinnen und Forscher mit der weltweiten Fachcommunity weiter verstärken. Bereits jetzt arbeiten am ZEW 14 ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Unlängst haben wir eine Wissenschaftlerin aus Afrika für uns gewinnen können. Diesen Aspekt unserer Internationalisierung wollen wir ebenso ausbauen wie die wissenschaftliche Bearbeitung globaler Themen mit ausländischen Kooperationspartnern. Die Themen reichen von der Klimapolitik bis hin zu weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten.

> Thomas Kohl, kohl@zew.de Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Deutsche Energiepolitik – Zweifel an der wundersamen Stromersparnis sind angebracht

Das Energiekonzept der Bundesregierung strebt für Deutschland eine Stromersparnis von zehn Prozent bis zum Jahr 2020 an. An der Umsetzung dieser Vorgabe sind jedoch Zweifel angebracht. Der Planung sollten realistische Überlegungen zu Grunde liegen – kein Wunschdenken.

Die deutsche Politik steht ganz im Zeichen der Energiewende: die schwarz-gelbe Koalition will - den Empfehlungen der Ethik-Kommission folgend - bis spätestens 2022 aus der Kernenergie aussteigen. Zugleich soll an den ehrgeizigen Klimaschutzzielen festgehalten werden. Das Energiekonzept der Bundesregierung vom Herbst 2010 macht hier klare Vorgaben - insbesondere soll der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergiebedarf bis zum Jahr 2020 auf 18 Prozent steigen, im Stromsektor sogar auf 35 Prozent (heute 18 Prozent). Freilich wird auch mit solch ehrgeizigen Erneuerbaren-Zielen die ebenfalls angestrebte Reduktion der Treibhausgase um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 nur dann gelingen, wenn zugleich der Energiebedarf sinkt.

Zehn Prozent weniger Stromverbauch in den kommenden neun Jahren

Und so steht es tatsächlich im Energiekonzept: Um 20 Prozent soll der Primärenergiebedarf bis zum Jahr 2020 sinken, bis zum Jahr 2050 werden 50 Prozent angestrebt. Für den Stromverbrauch nennt das Energiekonzept Einsparziele von zehn Prozent bis 2020 und 25 Prozent bis zum Jahr 2050. Die Ethikkommission geht ihrerseits von einem Rückgang der Kapazität des Kraftwerksparks von bis zu vier Gigawatt durch zusätzliche Maßnahmen zur Energieeffizienz aus. Die globale Reduktion des Primärenergieverbrauchs steht zwar im klaren Gegensatz zu den

Wer insbesondere die Debatte um die Elektromobilität verfolgt hat, muss nämlich an dieser Stelle stutzig werden: Ist es nicht das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen? Interessanterweise schweigt der jüngste Bericht der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) zum Thema des neu entstehenden Gesamtstrombedarfs. Nach internen Berechnungen des ZEW würde er in der Größenord-



Viele Experten erwarten in den nächsten Jahren einen stagnierenden Strombedarf in Deutschland. Dagegen erscheinen die Stromeinsparungen, von denen die Politik ausgeht, unrealistisch.

internationalen Trendfortschreibungen, für Deutschland entspricht dies aber den Voraussagen der meisten Studien. Im Hinblick auf den Stromverbrauch sind allerdings ernsthafte Zweifel an den verkündeten Vorgaben angebracht.

nung von drei bis sechs Terawattstunden (TWh) jährlich liegen - rund 0,5 bis ein Prozent des gegenwärtigen Strombedarfs. Bis 2030 soll die Zahl der Elektrofahrzeuge nach den Berechnungen der NPE weiter auf sechs Millionen ansteigen. Es ist

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

unmittelbar einsichtig, dass diese auch bei einer möglichen Verbesserung ihrer Energieeffizienz in erheblichem Umfang zusätzlichen Strom benötigen werden.

Die Elektromobilität ist indessen nicht das einzige Beispiel von neuen Strombedarfen, die durch die ökologische Energiewende entstehen: Auch Wärmepumpen, die Öl- und Gasheizungen ersetzen sollen, werden den Stromverbrauch erhöhen (während sie zugleich zu einer Vermeidung von Treibhausgasen beitragen). Ähnliches ist über den verstärkten IT-Einsatz zur Steigerung der Energieeffizienz industrieller Anlagen ("Green IT") zu sagen: Er vermag zwar tendenziell den Primärenergiebedarf zu senken, nicht aber notwendig den Strombedarf. Schließlich ist es denkbar, dass der Klimawandel selbst neuen Strombedarf schaffen wird: Steigen die Temperaturen in Deutschland, so wird auch die Raumklimatisierung, vor allem von Büroräumen, zunehmen. Wie realistisch ist vor dem Hintergrund der



Dramatischer Strompreisanstieg unwahrscheinlich



Durch vermehrten Einsatz von Elektrofahrzeugen wird der Stromverbrauch in Deutschland steigen.

wachsenden Elektrifizierung die implizite Erwartung, dass Industrie, Gewerbe und Haushalte die Mehrbedarfe an Strom durch Einsparungsanstrengungen und Effizienzverbesserungen an anderer Stelle überkompensieren werden? Viele Experten rechnen eher mit einem stagnierenden Strombedarf, so zum Beispiel die Gutachter der Energieprognose 2009 im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, an der auch das ZEW beteiligt war (der Primärenergiebedarf sinkt hingegen auch in der Energieprognose deutlich, ebenso wie die Treibhausgasemissionen). Hinzu kommt, dass der Deutsche Bundestag sich mit der Verabschiedung des Energieeffizienzgesetzes im Juli 2010 für eine eher laue Variante der von einer EU-Richtlinie vorgesehenen Effizienzregulierung entschieden hat. Im Wesentlichen verbessert es die statistische Erfassung des Energieverbrauchs und die Rahmenbedingungen für Energieeffizienzberatung, alle Einsparziele bleiben

aber indikativ. Der Verzicht etwa auf ein verpflichtendes betriebliches Energiemanagement macht zwar ordnungspolitisch Sinn, lässt aber Zweifel daran aufkommen, dass die ehrgeizigen Energiesparziele wirklich erreicht werden. Schon eher könnten Strompreiserhöhungen in Folge der Energiewende die Einsparbereitschaft von Industrie und Verbrauchern stimulieren. Im Hinblick auf die voranschreitende Integration der europäischen Strommärkte sind hier aber keine wirklich dramatischen Entwicklungen zu erwarten – wenn man verstärkte Stromimporte bei den Planungen berücksichtigt.

Kluge Vorsorge statt Wunschdenken

Für den Klimaschutz muss ein stagnierender Strombedarf keine schlechte Nachricht sein, wenn an anderer Stelle Emissionen vermieden werden können. Für die Sicherheit der Stromversorgung aber ist eine blauäugige Bedarfsplanung keine gute Nachricht. Sowohl dem Netzausbau als auch der Entwicklung der Erzeugungskapazitäten sollten realistische Vorstellungen bezüglich der Stromnachfrage unterliegen. Die Bundesregierung wäre daher gut beraten, bei ihren geplanten Gesetzesvorlagen über den künftigen Strombedarf noch einmal nachzudenken. Die Versorgungssicherheit erfordert kluge Vorsorge, nicht Wunschdenken.

> Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de

ZEW EXPERTENSEMINARE

4.10.2011	Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm
	Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I, Zürich
5.10.2011	Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm
	Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II, Zürich
6.10.2011	Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm
	Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III

Prof. Dr. Hannes Rehm spricht am ZEW

Ende Mai 2010 referierte Prof. Dr. Hannes Rehm, Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, über die Lehren aus der Finanzmarktkrise. Zu dem Vortrag konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz über 150 Gäste am ZEW begrüßen.



Prof. Dr. Hannes Rehm plädierte im Rahmen seines Vortrags am ZEW für eine Rückbesinnung auf Werte wie Anstand und Vertrauen - gerade im Bankensektor.

Rehm sprach im Rahmen der Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche, einer Vortragsreihe, die regelmäßig kreditwirtschaftlich relevante Themen aufgreift. Sie wird von der Bankenvereinigung Rhein-Neckar Mannheim unterstützt.

Wichtigstes Ziel des Bankensektors, der internationalen Bankenordnungspolitik sowie der internationalen Finanzpolitik müsse es sein, die aktuelle Finanzmarktkrise zu überwinden und die Finanzmärkte für die Zukunft wetterfest zu machen, sagte Rehm zum Auftakt seines Vortrags. Eine sorgfältige Ursachenanalyse der jüngsten Krise sei hierfür die Voraussetzung. So hätten vor allem die expansive Geldpolitik der US-amerikanischen Fed, die Deregulierung der internationalen Finanzplätze und das exzessive Gewinnstreben der Finanzmarktakteure zur Finanzmarktkrise geführt. Aufgrund dieser Faktoren habe ein Finanzmarktbereich mit abstrakten Kapitalmarktgeschäften entstehen können, der sich von der Realwirtschaft entkoppelt habe. Folge sei die Subprimekrise gewesen, die ihren Höhepunkt im Zusammenbruch der US-amerikanischen Lehman-Bank hatte.

Als Lehre dieser Fehlentwicklungen müsse ein Umdenken im Bankensektor einsetzen, sagte Rehm. Die Banken müssten sich neue, langfristig orientierte Geschäftsmodelle erschließen, die wieder stärker mit der Realwirtschaft übereinstimmten. Dabei müssten sie sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren und wieder zu dem Bewusstsein finden, dass Geschäfte letztendlich auf Verantwortung und Vertrauen basierten.

Basel III - Regulatorische Antwort auf die Finanzmarktkrise

Darüber hinaus führe kein Weg an neuen regulatorischen Maßnahmen vorbei. Mit Basel III sei man hier auf dem richtigen Weg, sagte Rehm. Das neue Regelwerk ziele in erster Linie auf verschärfte Eigenkapitalanforderungen, um die Fähigkeit der Banken zu verbessern, Verluste zu schultern. So sei es richtig, die Mindestkernkapitalquote in den kommenden Jahren auf sieben Prozent anzuheben. Auch eine engere Definition dessen, was künftig als Kernkapital gelten dürfe, sei ein wichtiger Schritt hin zu verbesserter Stabilität im Bankensektor. Ferner sorge die Leverage-Ratio, die den Verschuldungsgrad einer Bank signalisiere, für verbesserte Transparenz auf den Finanzmärkten.

Trennung von Eigen- und Kundengeschäft der Banken

Schließlich müsse die internationale Bankenordnungspolitik ihre Lehren aus der Krise ziehen. Der Staat dürfe sich nicht von den Banken unter Verweis auf ihre Systemrelevanz erpressen lassen. Vielmehr müsse der Staat früher auf den Finanzmärkten eingreifen können und auch in der Lage sein, Finanzinstitute gefahrlos abzuwickeln. Hierzu sei es notwendig, dass die Staatengemeinschaft an einem Strang zöge, sagte Rehm. Die Umsetzung von Basel III sei ein erster Schritt in diese Richtung. Ein weiterer Vorschlag ziele darauf ab, das Kundengeschäft der Banken von ihrem Eigengeschäft zu trennen. In den Vereinigten Staaten werde dies bereits praktiziert und ein Nachziehen des Vereinigten Königreichs sei absehbar. Um zu verhindern, dass riskante Bankgeschäfte in aufsichtsfreie Zonen verlagert würden, sei eine enge und institutionalisierte Kooperation der Bankenaufsichtsbehörden notwendig. Darüber hinaus sei es mehr als angemessen, die Finanzinstitute im Rahmen eines internationalen Bankensicherungssystems an den Kosten systemischer Risiken in Zukunft zu beteiligen.

Zum Abschluss seines Vortrags wies Rehm darauf hin, dass eine Rückbesinnung auf Werte wie Vertrauen, Anstand und Ehrlichkeit ebenfalls eine wichtige Lehre aus der Krise sei. Dies gelte insbesondere für das Geschäftsleben. Denn frei nach einem Zitat des Bankiers Gerson Bleichröder könne man Geld zwar jederzeit verlieren, das Vertrauen in Märkte und Geschäftspartner verlöre man jedoch nur einmal.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW INTERN

ZEW DISCUSSION PAPERS

Volkswirte aus Argentinien zu Gast am ZEW

Am 7. Juni 2011 besuchte eine Delegation aus Argentinien das ZEW. Die Professorinnen und Professoren für Volkswirtschaft der Universidad Nacional de Misiones sowie der Universidad Nacional de Cuyo tauschten Informationen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEW über die wissenschaftlichen Schwerpunkte des Instituts sowie über mögliche gemeinsame Arbeitsgebiete aus. Begleitet wurde die Delegation von einer Mitarbeiterin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg, Baden-Württemberg International.



PD Dr. Friedhelm Pfeiffer (ZEW), Dr. Daniel Cerquera (ZEW), Prof. Juan Antonia Dip, Prof. Carlos Enrique Abihaggle, Prof. Virginia Martinez, Prof. Horacio Simes, Kathrin Böhmer (ZEW), Tatjana Dosch (Baden-Württemberg International).

Nr. 11-040, Peter Heindl: The Impact of Informational Costs in Quantity Regulation of Pollutants: The Case of the European Emissions Trading Scheme.

Nr. 11-039, Tim Paul Thomes: An Economic Analysis of Online Streaming: How the Music Industry Can Generate Revenues from Cloud Computing.

Nr. 11-038, Friedrich Heinemann, Friedrich Schneider: Religion and the Shadow Economy.

Nr. 11-037, Thorsten Drautzburg, Harald Uhlig: Fiscal Stimulus and Distortionary Taxation.

Nr. 11-036, Sascha Rexhäuser, Christian Rammer: Unmasking the Porter Hypothesis: Environmental Innovations and Firm-Profitability.

Nr. 11-035, Nina Lehevda, Patrick Beschorner, Kai Hüschelrath: Ex-post Assessment of Merger Effects: The Case of Pfizer and Pharmacia (2003).

Nr. 11-034, Nina Leheyda, Patrick Beschorner, Kai Hüschelrath: The Effects of the Block Exemption Regulation Reform on the Swiss Car Market.

Nr. 11-033, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuss: Human Capital Investment Strategies in Europe.

ZEW INTERN

SEEK Forschungsprogramm - Projektvergabe 2011 erfolgreich abgeschlossen

Ende Mai 2011 wurde die zweite Wettbewerbsrunde zur Projektvergabe im Rahmen des SEEK-Forschungsprogramms abgeschlossen. Insgesamt gingen 25 Projektanträge von ZEW-Mitarbeitern in Ko-



operation mit renommierten internationalen Forschern ein. Die Anträge wurden ei-

ner externen Evaluation unterzogen, die durch das Scientific Board des SEEK-Forschungsprogramms erfolgte.

Mitglieder des Scientific Boards sind unter anderem Daron Acemoglu (MIT), Bronwyn Hall (University of California at Berkeley & Maastricht University), Kai Konrad (MPI München), Josh Lerner (Harvard Business School), Steve Machin (University College London), Pierre Mohnen (UNU-MERIT & Maastricht University) sowie Fabrizio Zilibotti (Universität Zürich). Folgende acht Forschungsvorhaben werden in der zweiten Runde des SEEK-Programms gefördert:

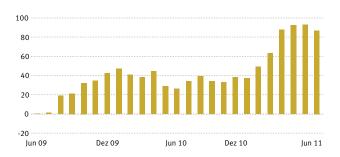
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie
- Schätzung der makroökonomischen Substitutionselastizität zwischen umweltverschmutzender und sauberer Produktion
- Arbeitsteilung, Auslagerung und die Wettbewerbsfähigkeit der wissensbasierten Wirtschaft in Europa
- Der Einfluss (relativer) Löhne und des Humankapitals auf das Geburtenverhalten: Was lehrt uns der Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung?

- Anreize und Kreativität Innovationen in Europas Wissensgesellschaften för-
- Die Diffusion klimafreundlicher Technologien – Die Rolle von intellektuellen Eigentumsrechten, Humankapital und Umweltpolitik
- Der Einfluss philanthropischer Aktivitäten auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen
- Private Finanzierung von Hochschulausbildung - Humankapital als Anlageklasse

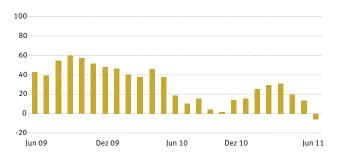
Das Forschungsprogramm SEEK wird vom Land Baden-Württemberg finanziert. Die Erkenntnisse aus SEEK sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der wissensbasierten Volkswirtschaften in Europa zu stärken. Weitere Informationen finden sich unter: www.seek.zew.eu

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juni 2011



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Quelle: ZEW

EZB: Steigendes Zinsniveau erwartet

Seit Monaten schon geht eine sehr große Mehrheit der vom ZEW befragten Experten von steigenden kurzfristigen Zinsen in der Eurozone aus. Auch im Iuni rechnen mehr als 87 Prozent mit einem steigenden Zinsniveau. Für die Finanzmarktexperten stellt somit die Leitzinsanhebung der EZB vom 7. Juli keine Überraschung dar. Die Erwartung weiter steigender Inflationsraten hat die EZB jedenfalls ein Stück weit ausgebremst: Der Saldo der Inflationserwartungen für Deutschland liegt mit 32,5 Punkten so niedrig wie seit September letzten Jahres nicht mehr.

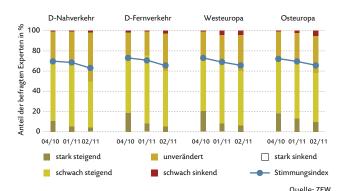
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Gedrückte Stimmung

Der Refinanzierungsbedarf Griechenlands lenkt den Blick der Finanzmärkte erneut auf die Schuldenkrise in der Peripherie der Eurozone. Es bleibt unklar, inwieweit notwendige Konsolidierungsmaßnahmen in den verschiedenen Ländern politisch durchgesetzt werden können. Dies drückt auf die Stimmung der Finanzmarktexperten, sodass die Konjunkturerwartungen für die Eurozone um 19,5 Punkte auf minus 5,9 Punkte zurückgehen. Auch die aktuelle Lage in der Eurozone wird skeptischer betrachtet: Der entsprechende Indikator sinkt auf 3,8 Punkte.

Christian David Dick, dick@zew.de

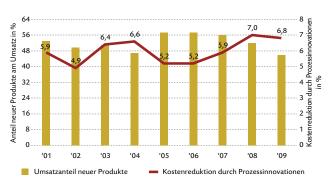
Wachstumstempo im Straßengüterverkehr nimmt ab



Die Einschätzung der Entwicklung des Straßengüterverkehrsaufkommens durch die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW weist im kommenden halben Jahr drei wesentliche Punkte auf: Die Wachstumseinschätzungen sind erstens deutlich geringer als in den Vorquartalen, sie sind aber auch weiterhin noch klar positiv und drittens überwiegend höher als bei den sonstigen Landverkehren. Die "Aufholjagd" nach der Wirtschafts- und Finanzkrise hat an Schwung verloren, aber die Vorzeichen stehen nach Einschätzung der befragten Experten immer noch auf Wachstum.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Höhere Prozessinnovationserfolge im Fahrzeugbau



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der deutsche Fahrzeugbau hat auf die Wirtschaftskrise 2008/09 mit verstärkten Kostensenkungen reagiert. Die durchschnittliche Kostenreduktion durch Prozessinnovationen erreichte 2008 und 2009 mit 7,0 beziehungsweise 6,8 Prozent die höchsten Werte des vergangenen Jahrzehnts. Demgegenüber fiel der Umsatzanteil, der auf neue Produkte zurückging, von 56 bis 57 Prozent in den Jahren 2005 bis 2007 bis auf 46 Prozent im Krisenjahr 2009. Maßgebend für diese Entwicklung war der Automobilbau. Schiff-, Bahn- und Flugzeugbau dagegen hielten die Umsätze mit Produktinnovationen auch im Jahr 2009 stabil.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Elektromobilität

Geht es um die Frage, wie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte am besten zu bewerkstelligen sei, sehen viele Unternehmer und ihre Verbandsvertreter bei den staatlichen Subventionen regelmäßig den prioritären Handlungsbedarf. Allerdings ist

die Rede dann wohlweislich davon, dass Subventionen "auf den Prüfstand gestellt" oder "durchforstet" werden müssten. Denn eine Forderung nach vollständigem Abbau befände sich doch allzu sehr in der Nähe der Heuchelei, denn Subventionen für die eigene Branche sind selbstverständlich tabu, weil volkswirtschaftlich höchst wertvoll.

Das jüngste Beispiel für branchenspezifische Begehrlichkeiten findet sich im zweiten Bericht der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) vom Mai 2011. Nach einer Darstellung der Umsetzung des einschlägigen Leitbildes kommt das Gutachten auf die notwendige staatliche Förderung zu sprechen. Ohne Anreizmaßnahmen würde das Vorhaben, bis zum Jahr 2020 eine Millionen Elektrofahrzeuge zu verkaufen, nicht gelingen, sondern deren Anzahl beliefe sich dann nur auf knapp die Hälfte. Zur Belebung der defizitären Nachfrage schlägt die NPE staatliche Fördermaßnahmen vor. Diese reichen von Sonderabschreibungen beim gewerblichen Erwerb von Elektrofahrzeugen über zinsgünstige Kredite der KfW bis hin zur Gewährung jährlicher Steuererleichterungen, die sich an der Speicherkapazität eines Elektrofahrzeugs orientieren sollen. Hinzu kommen Investitionskosten für den Aufbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur.

Im Anhang des Berichts wird sehr viel Energie auf eine quantitative Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Effekte der Elektromobilität im Hinblick auf Arbeitsplätze und Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen verwendet. Bei einem "realistischen Szenario" trügen sich die Kosten der Frühförderstrategie ab dem Jahr 2015 zu großen Teilen selbst und ab dem Jahr 2018 entstünde sogar ein Haushaltsüberschuss. Über eine alternative Verwendung der staatlichen Fördermittel und den daraus folgenden Wohlstandseffekten schweigen sich die Einschätzungen aus. Ein Schuft, dem das alles allzu bekannt vorkommt.

Die NPE steht mit solchem Ansinnen indessen nicht alleine da. Entsprechende Begehrlichkeiten anderer Branchen sind Legion. Die Argumentationsmuster laufen stets nach dem gleichen Schema ab: Marktversagen - Wettbewerbsverzerrungen, weil anderswo gefördert wird - Arbeitsplatzgewinne - Subventionen nur als Anschubfinanzierung, die sich letztlich selbst tragen.

In der Tat rechtfertigt ein Marktversagen unter bestimmten Voraussetzungen einen Staatseingriff. Der Staat befindet sich jedoch nur dann in der Pflicht, wenn die zur Rede stehenden Aufgaben vom privaten Sektor nicht oder nur wesentlich schlechter erledigt werden können. Kriterien für das Urteil, ob Marktversagen vorliegt, sind die Effizienz, die Verteilungsgerechtigkeit oder eine mögliche Instabilität des privaten Sektors. Im Hinblick auf die Elektromobilität könnte allenfalls das Effizienzkriterium tragen, also Tatbestände in Form von öffentlichen Gütern (fehlende Ausschließbarkeit von Nutzen), eines natürlichen Monopols (Produktion unter hohen Fixkosten und niedrigen Grenzkosten), unvollständiger Information und externer Effekte. Die zuletzt genannten Wirkungen liegen beispielsweise vor, wenn die Produktion eines Unternehmens den Nutzen anderer Akteure beeinflusst. Das mag bei Elektroautos nicht von der Hand zu weisen sein, wenn deren Nutzung mit einer geringeren Umweltbelastung einhergeht.

Selbst dies einmal unterstellt, so ist die zweite Bedingung für die Rechtfertigung eines Staatseingriffs nicht erfüllt, nämlich dass der Staat es besser kann als der private Sektor. So ganz unumstritten ist die Elektromobilität selbst unter Fachleuten nicht. Aber wenn die Unternehmen von der Tragfähigkeit dieser Technologie überzeugt sind, werden sie aus eigenem Antrieb die notwendigen Investitionen tätigen, zumal die Gewinnsituation der Automobilunternehmen nicht beklagenswert erscheint. Außerdem ist der Staat nicht schuld daran, dass andere Länder mit der Entwicklung einschlägiger Batterien womöglich weiter sind als heimische Unternehmen, und haftet nicht für eventuelle diesbezügliche Versäumnisse.

Vor einer gezielten staatlichen Förderung der Elektroautos ist mithin abzuraten, nicht notwendigerweise indes von einer allgemeinen steuerlichen Begünstigung für Forschung und Entwicklung.





ZEW news - erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim.

L7, 1, 68161 Mannheim . Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim . Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de

Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars © Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2011